

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Sozialausschusses am 18.05.2022
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Aktueller Sachstand Zuwanderung mit Vortrag vom Vorsitzenden von „Meerbusch hilft“ Vorlage: FB2/0548/2022	4
3 Sachstand zum Projekt „Sanierung der Obdachlosenunterkünfte Strümper Straße“ Vorlage: SIM/0562/2022	4
4 Bericht des Vorsitzenden des Seniorenbeirates Herrn Hepner über die Arbeit des Beirates	7
5 Aktueller Sachstand Lotsenpunkte Vorlage: FB2/0549/2022	7
6 Aktueller Sachstand aus den Ergebnissen der Seniorenbefragung Vorlage: FB2/0551/2022	8
7 Anträge	8
7.1 Antrag der SPD-Fraktion zum Stand Umbau städtische Unterkünfte Strümper Straße 79 -83 Vorlage: FB2/0401/2022	8
8 Anfragen	9
8.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur Situation ukrainische Flüchtlinge Vorlage: FB2/0189/2022	9
8.2 Anfrage der SPD-Fraktion - aktuelle Zahlen zur Grundsicherung (nach SGB XII) Vorlage: FB2/0190/2022	9
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
10 Termin der nächsten Sitzung: Mittwoch, den 31.08.2022	9
11 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Linda Bähr Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Nicole Joliet-Heising

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jonas Kräling

Herr Bernd Parys Sachkundiger Bürger

Frau Gabriele Pricken Sachkundige Bürgerin

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Markus Frank

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Kirsten Danes Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Aliina Housden Ratsmitglied

Frau Silke Hülsemann Ratsmitglied Vertretung für Frau Ann Luisa Kanders

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied Vertretung für Herrn Marc Möhr

Herr Christoph Weigele Ratsmitglied Vertretung für Herrn Joris Mocka

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Josef Gather

von der Fraktion Die Fraktion

Frau Jascha Küppers Vertretung für Herrn Marco Nowak

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Simons Behindertenbeauftragter

Frau Heike Gabernig Evangelische Kirchengemeinde

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Frank

Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising

Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ann Luisa Kanders

Herr Joris Mocka

Ratsmitglied

Herr Marc Möhr

Integrationsrat

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Josef Gather

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Focken die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder und stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

2 Aktueller Sachstand Zuwanderung mit Vortrag vom Vorsitzenden von „Meerbusch hilft“ Vorlage: FB2/0548/2022

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz stellt kurz die Vorlage vor und fügt noch hinzu, dass es bei den geringen Zuwächsen im Zuzug ukrainischer Flüchtlinge geblieben sei. Aktuell belaufe sich die Zahl auf 620 Flüchtlinge. Es sei im gesamten Kreisgebiet kein dynamischer Zuzug zu verzeichnen. Dies könne sich jedoch auch wieder ändern.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden bestätigt Herr Maatz, dass auch der Zuzug von Flüchtlingen aus anderen Ländern als aus der Ukraine momentan ebenfalls moderat sei.

Im Anschluss informiert Herr Thorand über die Arbeit von Meerbusch hilft. Der Bericht ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Ausschussvorsitzende dankt für den Vortrag und lobt ausdrücklich die Arbeit von Meerbusch hilft. Insbesondere lobt er den Einsatz im Ahrtal und damit auch die Hilfe über Meerbusch hinaus.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker ergänzt den Vortrag um den Hinweis, dass bezüglich der 3 Unterbringungseinheiten für ukrainische Flüchtlinge gerade die Gespräche mit Meerbusch hilft für die Umsetzung der Betreuung der Unterbrachten durch den Verein liefen. Mittlerweile seien die Turnhallen auch vom Brandschutz abgenommen worden. Eine Begehung des Sonnengartens durch das Gesundheitsamt stehe noch aus.

Ratsfrau Niegeloh lobt das außerordentliche Engagement von Meerbusch hilft und bittet, den Dank dafür auch an die Ehrenamtler weiterzugeben. Des Weiteren bittet sie um Information, welche Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder vorgesehen seien.

Herr Thorand führt hierzu aus, dass das Brückenprojekt in der Fröbelstraße wieder aufgenommen werden könne, jedoch stehe es nur den Bewohnern der Fröbelstraße zur Verfügung. Das grundsätzliche Problem seien die fehlenden Betreuer*innen. In Strümp stünde ein ehrenamtliches Mutter-Kind-Projekt sogar vor der Einstellung, da es nicht ausreichend genutzt werde. Für den Sonnengarten sei aber ein Angebot geplant.

Ratsherr Peters bittet um Auskunft, was mit aus der Ukraine geflüchteten Menschen sei, die keine ukrainische Staatsbürgerschaft besäßen.

Die Abteilungsleitung Frau Dreyer führt hierzu aus, ihr seien nur 5-10 Personen bekannt, die diese Kriterien erfüllten. Aktuell würden diese jedoch nicht abgeschoben.

3 Sachstand zum Projekt „Sanierung der Obdachlosenunterkünfte Strümper Straße“ Vorlage: SIM/0562/2022

Beschluss:

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung auf Basis der am 20.04.2021 beschlossenen heutigen Variante A, ein Umsetzungskonzept zur Vorlage und Beschlussfassung im Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	1	5	1
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/Die Grünen	4	4		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	9	7	1

Damit ist der Beschluss mehrheitlich angenommen.

Der Fachbereichsleiter SIm Herr Härtel stellt die Vorlage anhand der Matrix vor.

Ratsfrau Niegeloh bittet zum einen um Erläuterung, wie sich die einzelnen Positionen beim Zeitbedarf zusammensetzten und zum anderen, was sie sich unter dem Begriff „maßgeschneidert“ bezüglich des Raumangebotes vorzustellen habe.

Herr Härtel führt hierzu aus, dass die einzelnen Zahlen die benötigte Zeit für die jeweiligen vorgeannten Punkte widerspiegelten. Bezüglich des Raumangebotes bedeute „maßgeschneidert“, dass bei einem Neubau genau auf die Bedarfslage Rücksicht genommen werden könne. Dies sei bei bestehenden Bauten durch die vorgegebenen Grundrisse kaum bis gar nicht möglich.

Die sachkundige Bürgerin Frau Pricken bemängelt, dass nur bei den Varianten A und B Fördermittel abgerufen werden könnten.

Hier wird sie jedoch von Herrn Härtel korrigiert. Er betont, dass für alle Varianten Fördermittel beantragt werden könnten.

Des Weiteren möchte Frau Pricken wissen, ob auch ein Angebot für große Familien geschaffen werden könne und an wen die Mieten bei den Varianten C1 und C2 gezahlt würden.

Der Fachbereichsleiter SIm erklärt, dass im Rahmen eines Neubaus alles möglich sei, auch eine variable und flexible Gestaltung der Räumlichkeiten, die immer wieder an die sich verändernden Bedarfe angepasst werden könne.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz führt im Anschluss aus, dass die Mieten bei Variante C1 und C2 an den externen Dienstleister gezahlt werden würden.

Zudem weist er deutlich darauf hin, dass die bisherige Beschlussfassung vom 20.04.2021 eine Umquartierung der Bewohner der Strümper Straße im Bestand vorsehe. Dies sei aber wegen deutlich gestiegener Belegungszahlen nicht möglich, worauf auch schon mehrfach hingewiesen worden sei. Aus diesem Grund habe der Bürgermeister Herr Bommers Gespräche mit einer Wohnungsbaugesellschaft aufgenommen, um Alternativen für eine Zwischenunterbringung der Bewohner zu finden. Im Rahmen dieser Gespräche sei dann das Angebot zum Neubau durch die Wohnungsbaugesellschaft entstanden.

Dies entspräche auch den dringenden Wünschen der Verwaltung nach mehr Unterbringungskapazitäten und einer freieren Raumgestaltung. Schon jetzt würden wohnungslose Personen auf andere Unterkünfte der Stadt umverteilt werden, weil die Kapazitäten der Strümper Straße komplett ausgeschöpft seien. Zudem sei im jetzigen Bestand der Strümper Straße die Unterbringung einer geeigneten sozialpädagogischen Betreuung für die Bewohner nicht realisierbar, weil es an entsprechenden Räumlichkeiten fehle. Aus den vorgenannten Gründen favorisiere die Verwaltung Variante C1.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken spricht sich für die Umsetzung der Variante A aus, da genau diese so im Beschluss vom 20.04.2021 getroffen worden sei. Er kritisiert, dass bis jetzt so wenig passiert sei.

Der Erste Beigeordnete entgegnet hierzu, dass es zwar Aufgabe der Verwaltung sei, die Beschlüsse vorzubereiten und dann umzusetzen; dies beinhalte jedoch auch, eine veränderte Sachlage zu berücksichtigen und die Umsetzung diesbezüglich anzupassen. Dies sei jetzt der Fall. Das Projekt sei ohne wirklich fachliche Grundlagen gestartet und jetzt dürfe man sich deutlich besseren und zielführenderen Varianten nicht verschließen. Die dürften sehr wohl angebracht und in der Gegenüberstellung mit eingebracht werden.

Ratsfrau Housden zeigt sich erstaunt über die neue Ausarbeitung und sieht keine Vorteile in den anderen Vorschlägen. Sie befürworte die Umsetzung des Beschlusses vom 20.04.2021.

Herr Maatz betont nochmals sehr deutlich, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, auf geänderte Bedingungen hinzuweisen. In Variante A sei keinerlei Versorgungsreserve enthalten, vielmehr sei die Unterkunft Strümper Straße jetzt schon überbelegt. Die Verwaltung strebe eine sanierte oder neugebaute Einrichtung mit einer Betreuung der Bewohner an. Dies sei mit Variante A nicht realisierbar. Zudem sei sie in Bezug auf die Unterbringungskapazitäten keinesfalls auskömmlich.

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass die Diskussion um eine Sanierung des Obdaches seit 2012 immer wieder Thema gewesen sei, bis man schlussendlich 2021 den Beschluss zur Sanierung gefasst habe. Ihrer Meinung nach sei schon zu viel Zeit verschwendet worden und es solle jetzt nicht noch weiter gewartet werden. Variante A solle jetzt schnellstmöglich umgesetzt werden.

Ratsherr Bertholdt kann die Richtung der Diskussion nicht nachvollziehen. Es sei doch nur sinnvoll die Maßnahme auch bedarfsgerecht umzusetzen. Der Ausschuss dürfe sich neuen Möglichkeiten und geänderten Gegebenheiten nicht verschließen. Außerdem sei es ja auch vom Rat gewünscht, dass es zu jedem Beschlussvorschlag eine Alternative geben solle. Dies habe die Verwaltung mit dieser Vorlage konkret umgesetzt. Er sähe darin kein Problem.

Ratsherr Peters befürwortet eine Umsetzung des bestehenden Beschlusses. Es solle jetzt nicht länger gewartet werden und nicht weiter alles zerredet werden. Wenn zusätzliche Unterkünfte gebraucht würden, müssten diese ggf. an anderer Stelle errichtet werden.

Die sachkundige Bürgerin Pricken merkt an, dass sie sich, wäre sie Ratsmitglied, seitens der Verwaltung „veräppelt“ fühlen würde. Der Beschluss vom 20.04.2021 solle jetzt endlich umgesetzt werden.

Der Erste Beigeordnete weist erneut darauf hin, dass jetzt schon mehr wohnungslose Personen unterzubringen seien, als Plätze auf der Strümper Straße vorhanden seien. Es habe eine deutliche Zunahme der Versorgungsfälle gegeben, die man nicht unberücksichtigt lassen könne. Außerdem solle es doch auch das Ziel sein, mit den vorhandenen finanziellen Mitteln das bestmögliche Ziel zu erreichen.

Ratsherr Hasebrink unterstützt den Ansatz, dass nur eine bedarfsgerechte Versorgung sinnvoll sei und bittet, wie auch der Ausschussvorsitzende, um eine Einschätzung, wie lange die Erstellung einer aussagekräftigen Beschlussvorlage voraussichtlich dauern werde.

Herr Maatz gibt die Frage an Herrn Härtel weiter, betont zuvor aber noch, dass es nicht zielführend sei, aktuell weiter Gelder in eine Planung zu investieren, die ggf. nicht weitergeführt werde.

Herr Härtel könne keine genaue Zeitangabe machen, da diese von verschiedenen Faktoren abhängen. Zudem sei die Personalknappheit in seinem Bereich und Erfüllung der diversen gesetzlichen Aufgaben den Ausschussmitgliedern hinlänglich bekannt.

Ratsherr Peters verweist darauf, dass bereits Mittel im laufenden Haushalt bereitstünden und diese jetzt auch genutzt werden sollten, um Variante A zeitnah umzusetzen. Er stellt den Antrag den oben genannten Beschluss zur Abstimmung zu stellen.

Zur Beratung der Fraktionen wird die Sitzung von 18.30 bis 18.40 Uhr unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erfolgt die Abstimmung.

4 Bericht des Vorsitzenden des Seniorenbeirates Herrn Hepner über die Arbeit des Beirates

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates Herr Hepner stellt ausführlich die Arbeit seines Gremiums vor. Beginnend bei der konstituierenden Sitzung, über die Vorstellung der einzelnen Mitglieder bis zu Informationen aus den Sitzungen. Sein besonderer Dank gehe an Frau Flintrop und Herrn Lammermann aus der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Für die Zukunft sähe er noch Handlungsfelder aus der Seniorenbefragung, so wie die Umsetzung der Beschaffung mobiler Geräte, um die Beantragung eines Personalausweises für immobile Personen von zu Hause zu ermöglichen. Auch die Möglichkeit der barrierefreien Nutzung der digitalen Welt sei ein Anliegen des Beirates.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für den ausführlichen Vortrag.

5 Aktueller Sachstand Lotsenpunkte Vorlage: FB2/0549/2022

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker stellt die Vorlage vor und betont, wie überrascht auch die Verwaltung über die Entwicklung gewesen sei. Leider seien aktuell die Rückläufe aus der Befragung durch Frau Flintrop noch zu gering, als dass sich hieraus ein Ergebnis ableiten lassen könne. Aus diesem Grund erfolgen noch eine Nachbearbeitung und eine Vorstellung des Ergebnisses zu einem späteren Zeitpunkt. Er betont, dass die Diakonie, vertreten durch Herrn Pfarrer Pahlke, das Thema auf jeden Fall weiter verfolgen wolle. Hierzu habe Herr Pahlke einen runden Tisch mit allen in Frage kommenden Trägern vorgeschlagen, bei dem ein Konzept zur Umsetzung erstellt werden solle. Herr Annacker führt aus, dass es nicht zielführend sei, vor diesem Treffen Lotsenpunkte zu etablieren. Das bereitgestellte Geld solle nicht für bestehende Strukturen verwandt werden.

Ratsfrau Housden wirft ein, dass bestehende Strukturen ausgebaut und genutzt werden sollten. Herr Annacker erläutert hierzu noch einmal, dass in der Befragung eine Leistungsabfrage im Sinne der Lotsenarbeit erfolgt sei. Ziel sei es, alle Träger, die sinngleiche Leistungen erbrächten, an einen Tisch zu holen - auch um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Beratendes Mitglied Frau Gabernig berichtet, dass die Kreuzkirche und die Versöhnungskirche gemeinsam eine Stelle für Erwachsenen- und Seniorenarbeit geschaffen hätten. Dort sei auch die Nachbarschaftshilfe und die Quartiersarbeit verortet. Frau Gabernig weist darauf hin, dass gerade die kleinen Rheingemeinden oft keine Versorgung vor Ort hätten. Darauf müsse das Augenmerk gerichtet werden.

Ratsfrau Housden bedankt sich für diese Information und hält einen mobilen Lotsen für sinnvoll.

Ratsfrau Niegeloh möchte, dass alle Träger beteiligt würden, die diese Leistungen erbringen könnten.

Ratsherr Peters moniert, dass in Meerbusch bisher nicht viel passiert sei, wogegen man in Neuss schon 12 Lotsenpunkte betreibe. Er bittet um Einladung einer verantwortlichen Person aus Neuss, die das dortige Konzept im Ausschuss einmal vorstellen solle. Außerdem möchte er die Böhler-Siedlung nicht aus dem Fokus verloren wissen. Auch solle man über eine Aufstockung der Mittel nachdenken. Der Ausschussvorsitzende unterstützt den Wunsch einer Einladung zum Vortrag.

Herr Annacker gibt zu bedenken, dass Konzepte von anderen Städten nicht einfach so übernommen und auf Meerbusch übertragen werden könnten. Auch sei es nicht zielführend bestehende gute Angebote zu unterminieren. Vielmehr sollten vorhandene Strukturen genutzt, gestärkt und ggf. ausgebaut werden.

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates Herr Hepner weist auf die Ergebnisse der Seniorenbefragung hin, betont aber auch, dass es Doppelstrukturen zu vermeiden gilt.

Ratsherr Bertholdt sieht als ein Ergebnis der Seniorenbefragung auch, dass Meerbusch mit seinen Angeboten schon sehr gut aufgestellt sei. Man solle die bestehenden Angebote der Träger unterstützen.

Zum Abschluss bittet Herr Focken die Verwaltung um Einladung eines Verantwortlichen aus Neuss zum Thema Lotsenpunkte zum nächsten Ausschuss.

6 Aktueller Sachstand aus den Ergebnissen der Seniorenbefragung **Vorlage: FB2/0551/2022**

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker erinnert an die erste Seniorenbefragung aus dem Jahr 2010. Hier habe es schon eine sehr hohe Beteiligungsquote gegeben. Dies zeige die hohe Akzeptanz und den deutlichen Willen der Befragten, sich für ihre Belange einzusetzen. Leider sei in der Konsequenz auf politischer Ebene zu wenig von den Ergebnissen abgearbeitet worden. Bei der zweiten Befragung 2021, die im Unterschied zur ersten auch online erfolgte, sei die Beteiligung sogar noch höher gewesen. In der Folge seien zwar die Ergebnisse in die Fachausschüsse verteilt worden, aber doch ohne wahrnehmbare Resultate. Aus diesem Grund sei die Idee entstanden, in analoger Umsetzung zum „Workshop Kinder- und Jugendförderplan“, einen „Workshop Leitziele und Maßnahmen aus der Seniorenbefragung“ zu initiieren.

Ratsfrau Bähr bittet um Definition, wer „Senior“ sei.

Herr Annacker führt hierzu aus, dass im Jahre 2010 Personen ab 65 Jahren und im Jahre 2021 Personen ab 70 Jahren befragt worden seien.

Ratsfrau Niegeloh gibt zu bedenken, dass der Sozialausschuss nur Ideengeber für weitere Ausschüsse sein könne.

Beratendes Mitglied Frau Gabernig unterstützt dies und weist darauf hin, dass eine Arbeit nur mit allen anderen Ausschüssen zusammen sinnvoll sei.

Auch Ratsherr Bertholdt und Ausschussvorsitzender Herr Focken halten den Workshop für eine zielführende Idee.

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates Herr Hepner betont, dass er auf jeden Fall beteiligt werden möchte.

Herr Annacker sichert zu, dass alle relevanten Beteiligten eingeladen werden würden. In der Folge könne der Sozialausschuss sich positionieren und Empfehlungsbeschlüsse an andere Ausschüsse geben.

7 Anträge

7.1 Antrag der SPD-Fraktion zum Stand Umbau städtische Unterkünfte Strümper Straße 79 -83 **Vorlage: FB2/0401/2022**

Aufgrund des unter TOP 3 gefassten Beschlusses wird der Antrag zurückgezogen.

8 Anfragen

8.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur Situation ukrainische Flüchtlinge Vorlage: FB2/0189/2022

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz beantwortet die Anfrage. Die Antworten sind dem Protokoll beigefügt.

8.2 Anfrage der SPD-Fraktion - aktuelle Zahlen zur Grundsicherung (nach SGB XII) Vorlage: FB2/0190/2022

Die Antworten zur Anfrage sind dem Protokoll beigefügt.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz berichtet, dass aktuell die Vergabe für einen Betriebsträger für die Turnhalle Stettiner Straße laufe.

Außerdem starte die Überführung der ukrainischen Flüchtlinge in die Leistungssysteme des SGB II und XII zum 01.06.2022.

Des Weiteren sei ein Dringlichkeitsbeschluss zur Anmietung des Gebäudes von Hephata zum 01.06.2022 gefertigt worden, um die Versorgungssicherheit bei der Unterbringung von Geflüchteten sicherzustellen.

Ratsfrau Niegeloh möchte hierzu wissen, ob die Anmietung ausschließlich zur Unterbringung ukrainischer Geflüchteter erfolge.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker weist darauf hin, dass es sich bei der Anmietung um eine Untervermietung durch Hephata an die Stadt Meerbusch handele. Diese erfolge aber in Abstimmung mit dem Hauptvermieter.

10 Termin der nächsten Sitzung: Mittwoch, den 31.08.2022

11 Verschiedenes

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates Herr Hepner warnt eindringlich vor Telefonbetrügern - gerade in Bezug auf Senioren – und berichtet von einem aktuellen Fall.

Meerbusch, den 30. Mai 2022

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in